

Pressedienst des Deutschen Orient-Instituts

(29/2017)



Oberster Gerichtshof enthebt PM Sharif des Amts

Im Zuge der Veröffentlichung der Panama-Papers erhärteten sich Vorwürfe der Korruption und Geldwäsche gegen den pakistanischen Ministerpräsidenten Nawaz Sharif. Nun hat der Oberste Gerichtshof ihn deshalb des Amtes enthoben. [NYT](#)

UN-Bericht erhebt Vorwürfe gegen Saudi-Arabien

Ein UN-Bericht kommt zu dem Schluss, dass ein im März durchgeführter Angriff auf ein Flüchtlingsboot vor der jemenitischen Küste durch die von Riad geführte Koalition durchgeführt wurde. Dabei kamen 42 der mehr als 140 Menschen an Bord ums Leben. [Reuters](#)
[NYT](#)



Tunesien: Neues Gesetz soll Frauen vor Gewalt schützen

Das tunesische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das die bisherige Straffreiheit für Vergewaltiger im Falle einer Heirat abschafft. Dies wurde von zahlreichen

zivilgesellschaftlichen Gruppen begrüßt. [MEE](#)
[HRW](#)

Waffenstillstand an syrisch-libanesischer Grenze

Libanesische Sicherheitsbehörden haben eine Vereinbarung zwischen Hisbollah und der Al-Nusra Front verhandelt, die Kampfhandlungen, die sich in den Tagen davor intensiviert hatten, an der nördlichen Grenze zu Syrien unterbinden soll. [Reuters](#)



Deutsches Orient-Institut

Kronenstraße 1

10117 Berlin

☎ 030 / 206410-21

📠 030 / 206410-29

doi@deutsches-orient-institut.de

<http://deutsche-orient-stiftung.de/>

[Unsubscribe](#)